

„Schule“ bis um drei

VG-Rat Bodenheim für Betreuung bis 15 Uhr

BODENHEIM. AJ. An den Grundschulen in der Verbandsgemeinde (VG) Bodenheim sollen Kinder ab dem Schuljahr 1996/97 am Nachmittag bis 15 Uhr betreut werden. Das hat der VG-Rat beschlossen. Voraussetzung dafür ist, daß die Schulen Räume bereitstellen. Die Investitionskosten sollen die Ortsgemeinden tragen. Kosten für Personal und Mittagessen müßten die Eltern bezahlen. Die Höhe des monatlichen Entgeltes wird noch ermittelt.

An vielen Kindertagesstätten in der VG gibt es bereits ein Ganztagsangebot. Vor allem Mütter nutzen diese Möglichkeit, um ihre Berufstätigkeit wieder aufzunehmen. Wenn die Kinder mit sechs Jahren in die Grundschule aufgenommen werden, ergeben sich meist Probleme für diese Frauen, weil das Betreuungsangebot dort derzeit um 13.15 Uhr endet. Verbandsbürgermeister Gerhard Krämer schlug dem Rat deshalb vor, das Angebot an den Schulen zu erweitern. Bis 15 Uhr soll es unter anderem Mittagessen und Hausaufgabenhilfe geben.

Für die erweiterte Betreuung sollen Kräfte mit entsprechender Ausbildung oder Erfahrung gewonnen werden. Die bisher beschäftigten Frauen sollen in das Gesamtangebot eingebunden werden. Mittagessen und Personal müssen die Erziehungsberechtigten zahlen. Zusätzliche Betriebskosten übernimmt die VG. Voraussetzung für das Angebot ist, daß genügend Kinder angemeldet werden.

Die GAL-Fraktion im VG-Rat wollte die einzelnen Schulen verpflichten, Räume für die Nachmittagsbetreuung zur Verfügung zu stellen. Nur so könne das flächendeckende Angebot in der VG auch gewährleistet werden. Dagegen sprachen sich jedoch Gerhard Krämer und die Ratsmehrheit aus. Die Schulen sollten selbst entscheiden, ob die Räume nicht dringender für

den regulären Schulbetrieb gebraucht werden. Denn insbesondere in Gemeinden mit neuen Wohngebieten sei ein weiterer Bedarf an Klassenräumen zu erwarten.

Einen SPD-Antrag nahm der VG-Rat an: Die Ortsgemeinden sollen entscheiden können, ob sie das Angebot an den Schulen oder ein anderes Konzept bevorzugen. Den Antrag stellten die Sozialdemokraten vor allem im Hinblick auf die Ortsgemeinde Nackenheim. Dort hatten ihre Parteifreunde eine Elterninitiative zur Einrichtung eines Hortes für Grundschulkindern unterstützt.

Streit um Hort

Die Zuschüsse für den Nackenheimer Kinderhort, wo Kinder bis 16 Uhr pädagogisch betreut worden wären, waren vom Landkreis genehmigt worden. Die CDU/FWG-Koalition im Nackenheimer Gemeinderat entschied sich jedoch für den Vorschlag der VG als Alternative. Einen einzigen Hort in der VG hält Ortsbürgermeister Bardo Kraus (CDU) nicht für die richtige Lösung. Besser sei das Angebot in allen Gemeinden. Der Elterninitiative wurde in Aussicht gestellt, daß das Angebot in der Grundschule künftig erweitert werden könne.

Die Gleichstellungsbeauftragte der VG, Christina Göth, nannte den Verein „Ganztagssschule Eisenberg“ im Donnersbergkreis als nachahmenswertes Beispiel. Dort werden Kinder auch in den Ferien bis 16 Uhr betreut. Es gibt ein umfangreiches Freizeit- und Übungsangebot. Und die jährlichen Kosten von rund 100 000 Mark werden von Landkreis und Land bezuschußt. Die Nackenheimer Eltern fordern nun weiterhin, daß die Kinder in der Schule so versorgt werden wie beim Ganztagsangebot in der Tagesstätte: Betreuung von 7.30 Uhr bis 16 Uhr durch eine Bezugsperson.

112-28.03.1996